

### Vorwärts und aufwärts.

Da das Jahr, dessen Schwelle wir soeben überschritten haben, wird und muß für uns Deutsche ein Jahr des Kampfes werden. Schwere außen- und innenpolitische Entscheidungen werden in ihm heranzutreten, wenn sie nicht schon gar endgültig fallen, die wirtschaftliche Lage ist ungewiß, kurz, alle Dinge sind im Werden, und es muß sich jetzt herausstellen, welche Richtung die ganze Entwicklung einschlagen wird. Ein tosender Wahlkampf, der die Leidenschaften bis zur Siebeshöhe aufpeitschen wird, ist uns gewiß, das im Herbst beginnende „Normaljahr“ des Dawesplanes stellt unsere Finanzpolitik vor ungeheure Aufgaben, das ganze Volk vor neue Lasten, die Frage der Rheinlandräumung wird sofort nach den französischen Wahlen akut werden, da eine längere Fortdauer der Besetzung unerträglich wäre. Das politische Barometer steht auf Sturm. Es hat keinen Zweck, sich darüber hinwegzutauschen, denn wir können diesem Sturm nur erfolgreich begegnen, wenn wir ihm mit gesammelter Kraft zu begegnen entschlossen und fest gewillt sind, das Steueruder des Staatsschiffes nicht loszulassen, so hoch die Wicht auch am Bug emporschäumen mag.

Dazu aber bedarf es gemeinsamer Kräfteanstrengungen. Die Zeit, der wir entgegengehen, wird so fürchtbar hart werden, daß kein Raum mehr bleibt für den Austrag kleinlicher Parteigegegnisse, für Streit um die Staatsform und die Hohlheitszeichen der Republik, für alles das, was wichtig sein mag und doch so nichtig ist neben dem einzigen, um das es jetzt geht, neben der Zukunft des deutschen Volkes.

Das neue Jahr wird an jeden Deutschen die größten Anforderungen stellen. Wir alle werden mit zusammengebißenen Zähnen schaffen müssen, jeder an dem Platz, auf den er gestellt worden ist, und es darf für uns alle nur ein Lösungswort und eine Parole geben: Unsere Pflicht zu tun. Nicht durch Reden und Kritik, sondern durch Arbeit allein kann geholfen werden. Die neun Jahre, die hinter uns liegen, beweisen es. Wir haben 1918 an den Trümmern des Staates gestanden, den der Gründer des Reiches durch Blut und Eisen zusammengeschweißt hatte und haben nicht verzweifelt die Hände in den Schoß gelegt, sondern gearbeitet und geschafft, um wieder emporzukommen. Heute liegt die erste Phase des Aufstieges hinter uns — nicht mehr, nicht weniger. Wir müssen weiter durchhalten und weiter aufwärtsklimmen, und wollen, wenn alle Mühe uns vergeblich erscheint, an ein Wort fester denken, der heute vor 115 Jahren sogar den Untergang der deutschen Sprache für möglich hielt und dennoch in tiefer Not ungebeugt lehrte und predigte: Aushalten und Kampf!

Wir müssen gegen den materialistischen Geist kämpfen, der sich in Deutschland breit gemacht hat, wir müssen gegen die Verflachung kämpfen, die unsere Kultur zu nivellieren droht, und wir müssen endlich dem egozentrischen Denken entgegenreten, das alle Dinge und Geschehnisse nur aus der Trostperspektive des eigenen Ichs erblickt, anstatt an das Große und Ganze zu denken. Gerade in unserer Zeit braucht ein Volk gläubigen Idealismus, wenn es wieder emporkommen will. Dieser Idealismus aber muß mit dem unbedingt notwendigen Sinn für die Grundlagen und Grundgesetze der realen Politik des Alltags verbunden. Schwärmererei ist nicht notwendig, sondern Mannhaftigkeit. Unpolitische Träumer können wir nicht brauchen, in die führenden Stellen müssen Leute, die das mitbringen, was uns notwendig ist: Den sittlichen Willen zur staatsbehaltenden Tat!

### Garvin für Abrüstung und Revision des Friedensvertrages.

London. (Telunion.) Das Jahr 1927 bezeichnet Garvin in einem längeren Aufsatz und Rückblick im „Observer“ als das Jahr der verpassten Gelegenheiten innenpolitisch in erster Linie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus, außenpolitisch sei der Fehlschlag der Verser Abrüstungskonferenz der schwerste Fehler einer britischen Regierung seit Jahrzehnten gewesen. Die Freundschaft mit Amerika müsse das erste Ziel der britischen Außenpolitik sein und Genuß sei wieder gutzumachen, wenn die britische Regierung fortbäre, auf amerikanische Vorträge durch weitere britische Einschränkungen zu antworten. Diese Vorträge würden auf dritter Seite sei aber nach Garvin auch der Maßstab für die Ausdehnung einer allgemeinen Abrüstung. Auf der positiven Seite der letzten Jahresbilanz verzeichnet Garvin den überraschenden und fast ungläubigen Fortschritt Deutschlands, der in mehr als einer Hinsicht ein leuchtendes Beispiel für England sei. Ohne Verminderung der Rüstungen gebe es keine Steigerung der Sicherheit, ohne Revision des Verser Vertrages keine ausreichende Sicherheit. Aber im Augenblick betrachte Frankreich jede mögliche Vertragsrevision als eine Sicherheitsverminderung. Die Rheinlandbesetzung belaste die europäische Politik, die Zukunft des Dawesplanes bleibe ungewiß. Ohne eine vollständige Verständigung zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland könne es keine dauerhafte Regelung in Europa auf der Basis eines geschlossenen Friedens geben.

Garvin schließt damit: Es behöre unter Grund für die Annahme, daß das Jahr 1928 ein Jahr der Prosperität und der Förderung der allgemeinen Verständigung werde. Voraussetzung hierfür sei aber, daß die Fehler des Jahres 1927 nicht wiederholt werden und daß auf allen Seiten der Wille zur Verständigung und zum Ausgleich vorherrsche.

### Die Zusammenkunft Mussolini-Brand.

Wien. (Telunion.) Das neue Wiener Tageblatt meldet aus Rom, daß nach offiziellen Informationen die Zusammenkunft Mussolini-Brand zwischen dem 18. und 22. Januar stattfinden wird und zwar vor dem Zusammentritt der nächsten Weimarer Bundestagung.

## Neujahrstundgebungen der Parteien.

### Neujahrstundgebung der Deutschen Volkspartei.

Berlin. Die Nationalliberale Korrespondenz wird in ihrer nächsten Ausgabe einen parteifreien „Neujahrswunsch“ veröffentlichen, den Staatssekretär A. D. N. Kämpfer, der Vorsitzende des Reichstagsfremden Ausschusses der Deutschen Volkspartei, verfaßt hat. Er hebt hervor, daß das Wahljahr 1928 beruhen sein werde, für die nächsten vier Jahre auf Grund des freilebigen Wahlrechts der Welt den deutschen Reichstag und den preussischen Landtag neu zu beschreiben. Dabei sei zu wünschen, daß die Neuwahlen nirgendwo zu einer Stärkung des vererbenden und niederreichenden politischen Radikalismus in irgendwelcher Form und daß auch nicht eine weitere Verplitterung des Bürgerrechts in kleine, bedeutungslose Parteien erfolgen werde, sondern vielmehr eine Stärkung jener Politik, die Deutschland aus dem Dreck der Inflation und eines übermächtigen außenpolitischen Druckes auf den Weg des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der inneren Verblüdung und der außenpolitischen Verständigung als gleichberechtigtes Glied in den Rat der Völker geführt habe. Im Hinblick auf die gleichfalls für 1928 in den abruen europäischen Ländern und auch in Amerika bevorstehende Wahl dringt es, daß ihr Ausfall in entscheidender Weise mitbestimmend sein werde dürfe, ob die politische Befriedigung Europas, die wirtschaftliche Verständigung seiner Völker und die Annäherung der Völker überhaupt sich in einem schnelleren oder langsameren Tempo vollzieht. Die Deutsche Volkspartei werde den liberalen und lokalen, sowie den großen nationalen Traditionen ihrer Vergangenheit treu bleiben. Die Hebung des Mittelstandes, Befreiung der Wirtschaft vom Uebermaß drückender Lasten und Förderung echt deutscher Kultur unter Ueberwindung der Klassen- und Konfessionsgegensätze durch liberale Toleranz gehöre besonders zu ihren Aufgaben.

### Neujahrstundgebung der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin. (Telunion.) Zum Neujahrstage erläßt der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Graf Helldorf, unter dem Titel: „Weg und Ziel“ folgende Rundgebung:

„So steht mein Bataillon?“ So fragen beim Abschied des Jahres die für die Freiheit der Nation gefallenen sind. Wir haben Rechenhaft zu geben und scheuen sie nicht. Wer dem offenen Ansturm in unvergleichlichem Heldennut standhielt, droht im stillen Ringen um den deutschen Lebensraum zu versagen. Trotz des schmerzlichen Druckes der äußeren Welt ist es vorkommend, daß gelungen, die Befreiungsehrfurcht weiter Schichten abzulassen auf verbitterten Bruderkampf aller gegen alle. In der Jagd nach materiellem Erwerb drohen lebensbedingende Kräfte mehr und mehr zu verfliegen. Damit wird unter Volk vollends Opfer seiner offenen und verheerenden Feinde. Die Zerschlagung jeder Gemeinschaftsarbeit durch den Parteigeist zwingt auch uns zu unzulänglichen politischen Aktionen im Freiheitskampf für Staat und Wirtschaft, solange wir Winderbeit sind. Deutschland verflümmert ohne freilebige Gestaltung der Staatspolitik. Der Persönlichkeitskampf muß wieder ihr Recht werden. Wir begnügen uns darum nicht mit einem Programmsatz zur Reichs- und Verwaltungsreform, sondern rufen auf zum Einbau unserer Gedanken in die Verfassung, die lebendigen Fortschreiten Raum geben muß. Wir müssen uns gegen den Marxismus stellen. Gottesleugnung steht auf seinem Gesicht. Uns treibt zur Abwehr die Erkenntnis, daß vor dem Verfall in das Nichts nur das Gebundenwerden an göttliches Gebot und der feste Glaube an göttliche Prägnanz retten kann. Darum fordern wir für unsere Kinder die Betretung durch die christlichen Botschaften. Wir haben uns zu lange darauf beschränkt, Vertreter des Christentums zu sein. Wir müssen im Kampf um den lebendigen Glauben zum Angriff schreiten. Der Wettstreit der Konfessionen führt unsere Kraft, wenn er von kleinstem Ocker freibleibt. Wir träumen nicht von einem leichten Sieg. Politische Gemeinwesen sind gezwungen zu Vorleistungskämpfen um Tagesfragen in oft erharter Front. Der Idealismus der Jugend pflegt den Stellungskrieg zu scheuen, drängt zur Bewegung. Dadurch haben wir Boden verloren. Partei ist uns nicht Selbstaue. Sie ist im heutigen Staat unentbehrliches Mittel, den politischen Willen zu bilden, der deutsche Sonderungsfund in Massen, Ständen und Berufsgemeinschaften überwindet. Uns ist unsere Partei Dienst am Vaterland, zu dem sie die aneinanderstrebenden Kräfte zusammenführt. Weist wir in alter Ehrfurcht vor des deutschen Volkes geschichtlichen Werken, in alter Leidenschaft für seine Freiheit und Zukunft, aber mit beiden Füßen auf der Erde in das neue Jahr treten, fassen wir uns hart, Verdroffenheit zu bannen und neue Freunde zu werden.

### Telegrammwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem österreichischen Bundespräsidenten.

Berlin. Anlässlich des Jahreswechsels sandte Bundespräsident Gaisl folgendes Telegramm an den Herrn Reichspräsidenten:

Die Wende des Jahres, in der die ebrunrtgelebende Verantwortlichkeit Gaiser Grazlens das achte Jahrzehnt vollendet

### Neue Gesetze im neuen Jahre.

Berlin. Ueber die Gesetzespläne in den Reichsministerien schreibt eine Korrespondenz: Im Reichsarbeitsministerium werden gewisse Änderungen der Sozialversicherung gesetzestechisch vorbereitet. Das Reichsfinanzministerium wird vor allem durch die Statberatungen in Anspruch genommen. Weiter bleiben noch zur Erledigung das Kriegsschadengesetz und das Steuerereinhaltigungsgesetz. Das Reichswirtschaftsministerium wird neben den verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen vor allem das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat zur Erledigung zu bringen haben. Das Gesetz soll im Februar den zuständigen Reichstagsausschuss beschäftigen. Das Reichsjustizministerium ist noch stark durch die Reichstagsberatungen mit der Strafrechtsreform und Strafvollzugsreform beschäftigt. Daneben laufen die parlamentarische Behandlung des Auslieferungsgesetzes und die Änderung des Niederlags- und Reichsmietengesetzes. Eine Reihe neuer Vorlagen ist in Aussicht genommen. Der Arbeitsplan des Reichspostministeriums steht die Durchführung des Nationalisierungsprogramms vor. Es muß im übrigen damit gerechnet werden, daß auf Grund der Vorgänge bei der Vertretung von Seiten der Reichstagsparteien ein

hat, bietet mir den erwünschten Anlaß, Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, die wärmsten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen sowie für das Gelingen und Gedeihen des großen Deutschen Reiches, das in so enger Welt- und Kulturgemeinschaft mit unserem deutschen Vaterlande steht, auszusprechen. Möge es dem Deutschen Reich vergönnt sein, wie bisher ein mächtiger Faktor auf dem Gebiete der Befriedung der ganzen Welt zu bleiben.“

Vorhergehendes Telegramm hat sich mit folgendem Telegramm des Reichspräsidenten von Hindenburg geantwortet: „Es ist mir ein lebhaft geliebtes Bedürfnis, Ihnen, Herr Bundespräsident, und dem österreichischen Volke zum Jahreswechsel die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Möge die schwere Arbeit am nationalen Wiederaufbau Österreich und Deutschland im kommenden Jahre weiter vorwärts und aufwärts bringen.“

### Eine Neujahrrede des früheren Reichsjustizministers Dr. Radbruch.

Karlsruhe. (Telunion.) Die bairische Zeitung hatte am Neujahrstage an einem Festakt im bairischen Landestheater eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand eine Rede des früheren Reichsjustizministers Prof. Dr. Radbruch-Weidberg, in der dieser zunächst die deutsche Familie und die deutsche Arbeit feierte. Stolz und dankbar, so führte er aus, müsse man der ungetrübten Wiederaufbauarbeit gedenken. Solange jedoch in einer Gesellschaft die Arbeitslosigkeit und Mangelarmut noch nicht überwunden sei, solange seien wir von einer gerechten Wirtschaftsordnung noch weit entfernt. Der Redner würdigte dann die Bedeutung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Als Selbstverwaltungsförderer mit starkem Eigenleben würden die deutschen Länder immer ihre große Bedeutung behalten. Die deutsche Einheit wäre unvollkommen, wenn sie in den heutigen Grenzen eingeschlossen bliebe. Deshalb müsse den Auslandsbürgern immer wieder zugewandt werden: Deutschland und Österreich — ein Volk und ein Reich! Nachdem der Redner noch in seinen Ausführungen der beiden ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert und v. Hindenburg gedacht hatte, ging er auf außenpolitische Fragen über. Europa warte immer noch auf den Handschlag Deutschlands und Frankreichs, die sich wohl die Hände entgegenstreckten, deren Hände sich aber noch nicht ineinander gefunden haben. Alle die zahlreichen Gefahren des europäischen Bruderkampfes wurzeln letzten Endes in dem ungeklärten Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich und würden erst durch Vereinigung aufhören, eine ernste Gefahr zu sein. Dem Vortragenden dankte Staatspräsident Dr. Remesele und brachte Neujahrsgriße und Wünsche auf das deutsche Vaterland aus.

### Die Neujahrsempfänge in Paris.

Paris. (Telunion.) Unter Aufsichtung des gemachten militärischen Gepräges fanden gestern die Neujahrsempfänge beim Staatspräsidenten Doumergue statt. Im Laufe des Vormittags empfing der Präsident die Mitglieder des Kabinetts und die Präsidenten von Senat und Kammer, um anschließend die Besuche bei den parlamentarischen Spitzen zu erwidern. Nach dem traditionellen Teueiner, das der Staatspräsident den Mitgliedern der Regierung gab, empfing Doumergue in Anwesenheit des stellvertretenden Ministerpräsidenten Barthou Außenminister Briand und die anderen Kabinettsmitglieder, um 2 Uhr das Pariser diplomatische Korps unter Führung des apostolischen Nuntius Monsignore Magliano, der als Doppelvertreter der diplomatischen Korps und der von diesen vertretenen Regierungen und Staatsoberhäupter entbot. Insbesondere gab er dem Wunsch Ausdruck, daß Frankreich sich in voller Sicherheit und Ruhe der Wiedergewinnung moralischen und wirtschaftlichen Wohlstandes widmen könne. Die Völker, sagte er, die die irdischen Leiden des Krieges nicht vergessen haben, verlangen, daß der Friede in Gerechtigkeit und Brüderlichkeit gefestigt und gesichert sei. Zum Schluß huldigte er dem Willen Frankreichs, mit der Verteidigung seiner eigenen Interessen der Aufrechterhaltung der Eintracht unter den Nationen zu dienen.

In seinen Dankworten bezeichnete Staatspräsident Doumergue das vergangene Jahr als einen neuen und glücklichen Markstein des Bemühens der Regierungen, den Frieden zu festigen und dem allen Völkern angebotenen Bedürfnis nach Ordnung und Fortschritt ein Unterpfand zu geben. Als Beispiel verwies Doumergue auf die Entwicklung der Ideen der internationalen Gerechtigkeit und Schiedsgerichtsbarkeit, die die große Urangenehmheit des modernen Menschenrechts sei. Ein nicht weniger erbauliches Symptom für die Zukunft sei die einmütige Zustimmung zu einer neuen Auffassung der internationalen Beziehungen, in der der Kult des Vaterlandes sich mit den Pflichten verbinde, die jeder Staat in der großen Familie der Nationen habe. Mit Wünschen an die von dem diplomatischen Korps vertretenen fremden Regierungen schloß Doumergue: „Das begonnene Werk, den Frieden auf unerschütterlicher Grundlage zu organisieren und zwischen den Völkern ein freundschaftliches und vertrauensvolles Zusammenarbeiten herzustellen, ist gewiß noch seiner Vollendung fern, aber es übertrifft weder die Möglichkeiten der Verwirklichung, noch den Willen der Regierungen, die nach meiner festen Hoffnung ihre hohe Mission zum guten Ende führen werden.“

Wendigung des Volkswirtschaftsgesetzes gefordert wird. Das Reichsverwaltungsministerium wird im neuen Jahr seine Hauptaufgaben in der Organisation der Reichswasserstraßenverwaltung haben. Neue Kanalpläne kommen für 1928 nicht in Frage. Das Reichsverwaltungsministerium ist weiter mit der Ausarbeitung eines einbeitlichen Reichsstraßenplanes beschäftigt. Im Luftverkehr ist durch die Schaffung der Flugüberwachungsstelle eine einbeitliche Organisation für das ganze Reich gebildet.

### Deutsche vor dem Kriegsgericht?

Berlin, 2. Januar. Ein Berliner Blatt bringt die Meldung, daß drei deutsche Offiziere, die der Danziger Militärmission in Bolivien angehört haben, wegen Verweigerung vor das Kriegsgericht gestellt und mit der ganzen Strenge des Gesetzes verurteilt werden sollen. Hierzu wird uns von ausländischer Stelle mitgeteilt, daß es in Bolivien keine Danziger Militärmission gibt, sondern daß sich einige wenige Deutsche auf freiwilligen Privatdienstvertrag der Republik Bolivien verpflichtet haben. Eine Verurteilung der Nachricht betreffs des Landesverrats dreier Offiziere liegt bis zur Stunde im Auswärtigen Amt nicht vor, so daß man mit der Meldung mit Vorsicht anzunehmen.